

Press release**Friedrich-Schiller-Universität Jena****Hubert J. Gieß**

02/28/2002

<http://idw-online.de/en/news44995>Science policy
interdisciplinary
transregional, national**Nachtragshaushalt 2002 - Thüringens Hochschulen warnen vor schweren Schäden**

Die nach der Kabinettsitzung vom 26. 2. 2002 bekannt gegebenen Zahlen haben in den Hochschulen Thüringens schwerste Sorgen ausgelöst. Als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz erklärt der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Dr. Karl-Ulrich Meyn, scharfen Protest:

Mit den Plänen, die die Landesregierung zum Nachtragshaushalt für das Jahr 2002 jetzt vorgelegt hat und die massive Kürzungen für die Hochschulen bedeuten, verlässt Thüringen den Zukunftspfad. Die Ausgaben für die Hochschulen sind "Investitionen in Köpfe", ohne die Thüringen den erforderlichen ökonomischen und technologischen Anschluss an die südlichen Bundesländer nicht gewinnen kann. Damit wird auch die soziale Entwicklung gefährdet. Baden-Württemberg und Bayern haben seit den fünfziger Jahren vorgemacht, wie man an die Spitze kommt, und sie investieren nach wie vor in hohem Maße in die Universitäten und Fachhochschulen.

Wenn das Wort von der "Denkfabrik Thüringen" einen Sinn machen soll, dann müssen die Hochschulen als die wichtigsten Maschinen angesehen werden. Die "Denkfabrik Thüringen" kann ohne eine hinreichend gewartete und betreute Hochschulmaschinerie nicht die Produkte liefern, die der mittelfristige Aufholprozess dieses neuen Bundeslandes dringend benötigt.

Die Thüringer Hochschulen befinden sich auf einem anerkannt guten Wege. Sie haben mit die kürzesten Studienzeiten in Deutschland. Das haben ihre Mitglieder seit Jahren mit weit überdurchschnittlichem Arbeitseinsatz für den Forschungs- und Studienstandort Thüringen erreicht. Sie dürfen erwarten, dass dies den entsprechenden Widerhall in politischen Entscheidungen findet.

Noch dringlicher wird das Setzen richtiger Prioritäten im Blick auf die internationale Konkurrenz. Im internationalen Vergleich sind die Hochschulen schon nach der bisherigen Haushaltslage aller Länder der Bundesrepublik Deutschland krass unterfinanziert, wenn der politisch artikulierte Anspruch, den Anschluss an die Spitzenforschung in der Welt zu erreichen und den Abstand insbesondere zur amerikanischen Forschung zu verringern, nicht aufgegeben werden soll. Schon auf der Basis der bisherigen Haushaltslage ist es zu universitätsinternen (befristeten) Wiederbesetzungssperren gekommen. Bei weiteren Kürzungen sind nachhaltige Schäden für die Hochschulen nicht zu vermeiden.